

BLICKPUNKT PLENUM

22. – 24. September 2015

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde



Den Menschen einen sicheren Hafen bieten

Die hessische SPD hat die Notwendigkeit betont, angesichts der immensen Herausforderungen bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise nun mit vereinten Kräften nach schnellen und nachhaltigen Lösungen zu suchen. Im Mittelpunkt muss das Streben danach stehen, den Menschen, die unter lebensbedrohlichen Bedingungen zu uns geflohen sind, einen sicheren Hafen zu bieten. Wir werden nicht umhin kommen, mutige und mitunter unbequeme Entscheidungen zu treffen. Tatkraft und Besonnenheit dürfen sich dabei nicht ausschließen.

Die Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten ist hinter den Erfordernissen zurückgeblieben. Die Frage der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten und der Positionierung als Regierung dazu wurde nicht beantwortet. Im Gegenteil, ein Antrag, die Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer einzustufen, wurde von CDU und Grünen abgelehnt. Eine Aussage der Regierungskoalition, wie es in Kindergärten, Schulen, Arbeit, Wohnen und Sicherheit aus Sicht von Schwarz-Grün weiter gehen solle, fehlte ebenso.

Die Landesregierung muss die Unterbringung der Flüchtlinge in festen Quartieren voranbringen. Die Prüfung von 80 Standorten in Hessen, die nach Angaben des Landes seit längerem läuft, muss daher dringend forciert und zu Ende gebracht werden.

Die Informationspolitik gegenüber den Kommunen ist äußerst schlecht. Außenstellen der Erstaufnahmelager des Landes wird „Hals über Kopf eingerichtet“ ohne die Verantwortlichen vor Ort rechtzeitig zu informieren. Mit diesen Außenstellen scheint derzeit Nordhessen besonders belastet zu werden.

Darüber hinaus ist es dringend nötig, den Kommunen für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen endlich auskömmliche Pauschalen zu zahlen und es den Städten, Kreisen und Gemeinden zu ermöglichen, Mehrausgaben für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zu tätigen, ohne dass diese in den kommunalen Haushalten an anderer Stelle kompensiert werden müssen. Auch die ohnehin schon überlastete Polizei, die allein in Hessen bereits 3,5 Millionen Überstunden vor sich her schiebt, braucht dringend personelle Unterstützung. Die SPD fordert einen Aufbau von mindestens einem zusätzlichen Jahrgang, also rund 500 zusätzliche Kräfte. Dazu eine Verfahrensbeschleunigung und ein Aufstocken der Verwaltungsgerichte.

Die SPD dankte den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer. Sie sind das Rückgrat der Flüchtlingsarbeit. Sie haben Deutschland ein freundliches, ein warmherziges Gesicht gegeben, die bis in den letzten Winkel der Welt Botschafter für ein Deutschland gewesen sind, das mitfühlt und hilft. Die enorme Hilfsbereitschaft ist überwältigend. Es ist ihr gutes Recht, jetzt auch von der Politik gute und nachhaltige Lösungen zu fordern.

Skandalöses Verhalten bei der Städtebauförderung

Die SPD-Landtagsfraktion hat die Tatsache, dass die Landesregierung in diesem Jahr nur 61,3 Prozent der Bundesmittel für die Programme Soziale Stadt, städtebaulicher Denkmalschutz und aktive Kerne abrufen, als „Skandal“ bezeichnet. Für das Programm kleinerer Städte und Gemeinden werden überhaupt keine Mittel abgerufen. Dies ist skandalös, weil damit natürlich auch den Kommunen, dem ländlichen Raum und den Soziale Stadt-Projekten ein Bärendienst erwiesen wird. Die Landesregierung hat offensichtlich kein Interesse, das um-

zusetzen, was die SPD mit einem Kraftakt in der großen Koalition in Berlin umgesetzt hat.

Nachdem der Bund mit dem letzten Haushalt die Städtebaufördermittel auf 700 Millionen Euro aufgestockt hat, stehen für 2015 insgesamt 32 Millionen Euro potentiell zur Verfügung. Diese Mittel müssen abgerufen und die Programme mit Landesmitteln kofinanziert werden.

Die Landesregierung ruft über alle Programme nur 53,4 Prozent ab. Damit geht dem Land Hessen ein zweistelliger Millionenbetrag verloren. Dies ist auch nicht durch die Konsolidierungsbemühungen der Landesregierung zu rechtfertigen. Es ist widersinnig, Mittel, die der Bund zur Verfügung stellt, nicht kofinanzieren. Wer so handelt, vergeht sich am Land Hessen und insbesondere an den sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten.

Haushalt: Infrastruktur verkommt - Kochs Geist lebt weiter

In der ersten Lesung des Landeshaushaltes für das Jahr 2016 hat die SPD-Landtagsfraktion den Entwurf des Finanzministers als „ambitionslos und infrastrukturfeindlich“ kritisiert. Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für das Jahr 2016 dokumentiert, dass der Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün keinen neuen Schwung und keine Veränderungen in den Grundlinien der Politik in Hessen bringen wird. Das Sozialbudget täuscht in Volumen und Inhalt mehr vor, als es ist. Viele Aufgaben, die vor Roland Kochs „Operation düstere Zukunft“ Geld bekommen hatten, wie zum Beispiel die Erziehungsberatung oder die Obdachlosenhilfe, bleiben nach wie vor ohne Landeszuschuss. Aber immerhin wurde an dieser Stelle etwas korrigiert. Umso mehr lebt der unsägliche Geist seiner Politik aber an anderer Stelle weiter. Der Sozialbereich wird insgesamt ohne Ideen verwaltet. Angesichts der bundesweiten Analysen zur Fortentwicklung der Inklusion oder der U3-Betreuung ist Hessens Platz weit hinten. Arbeitsmarktpolitische Instrumente wurden nicht weiterentwickelt. Mit diesem Haushaltsplanentwurf sollen sogar noch die Altbewerberprogramme für die Ausbildung reduziert werden. Im Umweltbereich gibt es ebenfalls keine bedeutende Fortentwicklung. Aus einer Großen Anfrage der CDU zu den Energieprogrammen bei landeseigenen Gebäude geht hervor, dass keine neuen Impulse, keine ehrgeizigeren Ziele gesetzt wurden als unter Schwarz-Gelb. Alle Projekte stammen aus der Zeit von 2010 bis 2013.

Zudem werden die Beamten weiterhin gepiesackt. Es gibt keine Gehaltssteigerung, nicht einmal in den unteren Bereichen, dafür Mehrbelastungen, beispielsweise bei der Beihilfe, sowie unzählige Überstunden und eine Erhöhung der Arbeitsintensität. Das Gleiche gilt für die Finanzierung der Kommunen. Mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches (KFA), der in diesem zu beratenden Haushalt erstmals kassenwirksam umgesetzt wird, geben CDU und Grüne den Kommunen in Wahrheit Steine statt Brot. Die Kommunen in Hessen sind unterfinanziert und die Landesregierung unternimmt nichts Entscheidendes dagegen. Weil CDU und Grüne das wissen, haben sie nun ein Investitionsprogramm aufgelegt, obwohl sie noch vor drei Monaten einen Antrag der SPD für einen Investitionsansatz im neuen KFA abgelehnt hatten.

Neben der Frage der Konjunktur sind die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung nur schwer bezifferbar. Eines aber steht schon jetzt fest: Die im Haushalt verankerten Mittel reichen nicht aus. Die Annahme von 66.000 Flüchtlingen ist deutlich zu gering. Da lediglich ein Puffer von 45 Millionen Euro zur Schuldengrenze besteht, aber die Mehranforderungen im dreistelligen Millionenbereich liegen, sind die Probleme augenscheinlich.

Kürzungspolitik führt zu Fehlstart ins Schuljahr

In der Plenardebatte zur Bildungspolitik hat die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung dafür kritisiert, dass sie die großen bildungspolitischen Herausforderungen mit angezogener Handbremse angeht. Inklusion, Ganztagschulausbau, Chancengleichheit wie auch die Beschulung von geflüchteten oder zugewanderten Kindern und Jugendlichen können vorangebracht werden, wenn dafür ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen. Die hessischen

Schulen können mehr, sind aber schlecht für die Aufgaben gerüstet.

Zum Schuljahresbeginn hat die schwarz-grüne Landesregierung massiv Stellen in der gymnasialen Oberstufe, an beruflichen Gymnasien und an den Grundschulen gekürzt, was zu erheblichem Unfrieden führt. Zudem sind die Lernbedingungen in den sogenannten Intensivklassen durch eine Kürzung der Wochenstundenzahl und eine Erhöhung der Klassengröße massiv verschlechtert worden. Ein solcher bildungspolitischer Kurs ist grob fahrlässig und ein weiterer Rückschritt mit Blick auf Bildungsgerechtigkeit und Integrationsfähigkeit des Schulsystems.

Die SPD-Landtagsfraktion forderte die Landesregierung auf, die Zahl der Lehrkräfte drastisch anzuheben und eine massive Fortbildungsinitiative für Deutsch als Zweitsprache zu starten.

Die SPD fordert eine Öffnung der Berufsschulpflicht über das 18. Lebensjahr hinaus. Auch junge Menschen zwischen 18 und 27 brauchen eine faire Chance auf einen Schulabschluss, eine Ausbildung und gute berufliche Perspektiven.

Zudem brauchen Schulen gerade für die neue Herausforderung der Flüchtlingsintegration mehr Schulsozialarbeit. Der Rückzug des Landes aus der Finanzierung ist ein Skandal im Hinblick auf die zum 30. Juni 2015 gekündigten Verträge. Die sozialpädagogische Förderung, die neben über 30 anderen Maßnahmen aus der 104prozentigen Lehrerversorgung von den Schulen aus ihrem Budget zu finanzieren ist, ist kein Ersatz. Vielmehr lädt das Land die Verantwortung auf die Kommunen und Schulen ab.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde